



NIEDERSCHRIFT

über die 34. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 05.03.2013,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:56



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Rudolf Boesche

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

bis TOP 4 ö.S.

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch



Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender



Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Ralf Bernhard	(Stadtbauamt)
Madlen Buchmann	(Stadtbauamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Hans Schlösser	(Rechnungsprüfungsamt)
Matthias Schmauder	(Landesgartenschau 2014 GmbH)
Roland Schneider	(Stadtbauamt)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Petra Bechtold	(Ortsvorsteherin Dammheim)
Gerhard Becker	(Ortsvorsteher Mörzheim)
Michael Niedermeier	(Leiter Pressestelle)
Aydin Tas	(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)
Carina Treitz	(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)



Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

FWG

Wolfgang Freiermuth

Nicht entschuldigt

SPD

Franco Casella



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass die Firma GDF Suez mitgeteilt habe, dass sie den Antrag zur Durchführung der seismischen Messungen auf dem Gebiet der Stadt Landau zurückzieht. Somit könne der Tagesordnungspunkt 6 der öffentlichen Sitzung ersatzlos entfallen.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Gemeinsamer Antrag der FWG- und der CDU-Stadtratsfraktion; Aufstellung eines Bebauungsplanes nach einem Baulandmodell für den Ortsteil Mörzheim
Vorlage: 101/165/2013
3. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ausweisung eines Arrondierungsgebietes in Godramstein
Vorlage: 101/166/2013
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Ausweisung von Abrundungsgebieten in den Ortsteilen
Vorlage: 101/168/2013
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einrichtung von Kreisverkehren in Landau
Vorlage: 101/167/2013
6. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH
Vorlage: 100/085/2013
7. Einführung der Kommunalen Doppik; Jahresabschluss 2008
Vorlage: 200/108/2013
8. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 200/109/2013
9. Beschluss eines Besonderen Vorkaufsrechts gem. § 25 Abs. 1 BauGB für die Erweiterung des Gewerbegebietes "Im Hölzel", Gemarkung Mörlheim, Bebauungsplan F 6 (Vorkaufssatzung)
Vorlage: 230/149/2013
10. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd"; Tausch von Flächen des Treuhandvermögens der DSK mit Flächen der Fa. GeoX zur Erweiterung und Eingrünung des Kraftwerksgeländes südlich der Bahn
Vorlage: 230/152/2013
11. Änderung der Straßenreinigungssatzung
Vorlage: 300/061/2013
12. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs



Landau

Vorlage: 860/166/2013

13. Bebauungsplan GS 4 - II. Teiländerung Umwandlung Friedhofsflächen, Satzungsbeschluss,
(Gebiet in der Gemarkung Godramstein)
Vorlage: 610/206/2013
14. Windenergie und 1. Änderungsvereinbarung zur interkommunalen Vereinbarung vom
24.11.2005
Vorlage: 610/215/2013
15. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Müller von der BI Geothermie richtete drei Fragen an den Oberbürgermeister.

1. Trifft es zu, dass die GDF Suez möglicherweise belastetes Lagerstättenwasser nach Landau transportiert?
2. Ist Ihnen bekannt, dass die GDF Suez seit gestern in der Gemarkung Dammheim von der Wintershall bis zur Gemarkung Bornheim Rüttelvorbereitungen trifft?
3. Am Geothermiewerk Insheim wurde am 13. Februar nach Angaben des Betreibers infolge eines Stromausfalls die Pumpe stark beschädigt. Der plötzliche Druckabfall führte dann zu leichten Erdstößen. Das Kraftwerk in Landau sei nahezu baugleich. Wurden in Landau Vorkehrungen getroffen, um einen ähnlichen Störfall mit Auswirkungen für die Bevölkerung in Landau auszuschließen?

Der Vorsitzende erklärte, dass er diese Fragen derzeit nicht beantworten könne. Er sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Dr. Strack stellte die Frage, ob der Oberbürgermeister der Meinung sei, dass der Bürgergraben ein sozialer Brennpunkt ist. Eine solche Aussage sei eine Diskriminierung der dortigen Bewohner. Es stelle sich die Frage, ob der Oberbürgermeister vor so einer Aussage recherchiert habe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er den Bürgergraben nicht als sozialen Brennpunkt bezeichnet habe. Es gehe nicht um Kriminalisierung oder Herabwürdigung. Der Bürgergraben sei ein sozialer Brennpunkt gewesen, er sei es wegen der guten Sozialpolitik der Stadt nicht mehr.

Herr Dr. Strack sprach weiter die Fassadengestaltung unter Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes an. Der Investor des Deutschen Tores verunstatte die Fassade des Gebäudes, in dem er Dachgauben in Zinkblech verblende. Dies sei auch aus Sicht der Denkmalschutzbehörde ein absolutes No-go. Er frage, warum der Denkmalschutz vom Oberbürgermeister keine Unterstützung in dieser wichtigen Frage bekomme.

Der Vorsitzende betonte, dass das städtische Bauamt Denkmalschutzbehörde sei. Man stimme sich in diesen Fragen eng miteinander ab. Von seiner Seite gebe es keine Anweisungen und er nehme auch keinen Einfluss auf den Denkmalschutz.

Herr Meißner zeigte sich überrascht, dass die SPD Südpfalz gegen Fracking sei. Er wollte wissen seit wann dies so sei und wie die anderen Fraktionen dazu stehen.

Der Vorsitzende lies die Frage nicht zu, da dies keine kommunalpolitische Frage sei. In Landau habe man kein Fracking.

Herr Meißner widersprach der Äußerung dass es in Landau kein Fracking gebe. Beim Geothermiewerk werde mittels Fracking gearbeitet.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er davon nichts wisse. Er werde sich informieren und die Frage schriftlich beantworten.

Herr Meißner bemängelte weiter, dass die Ampelschaltung in Landau teilweise sehr willkürlich sei. Er bat um Auskunft, wer hierfür zuständig sei.

Herr Bernhard entgegnete, dass dies mit Willkür nichts zu tun habe. Wenn es konkrete Fragen gebe, dann könne man sich im Bauamt an ihn wenden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Gemeinsamer Antrag der FWG- und der CDU-Stadtratsfraktion; Aufstellung eines Bebauungsplanes nach einem Baulandmodell für den Ortsteil Mörzheim

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der FWG- und der CDU-Stadtratsfraktion vom 17. Februar 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er schlage vor, auch die SPD-Anträge unter den nachfolgenden Punkten 3 und 4 hier mit zu beraten.

Es sei dies eine Grundsatzentscheidung der Zukunftsentwicklung unserer Stadt. Aber es sei auch ein klassischer Zielkonflikt zwischen den Erfordernissen der Zukunft und den Bedürfnissen von heute. Man habe in Landau einerseits nach der Landesgartenschau ein großes Neubaugebiet, schaue parallel aber nach Nachverdichtungsmöglichkeiten. In den Stadtdörfern könne man innerstädtisches Wohnen anbieten mit dörflichem Flair. Dies mache den Reiz der Stadt Landau aus. Es seien Baulandpotentiale vorgestellt und auch mitverschickt worden. Das Bauen im Dorf soll im Rahmen der Nachverdichtung möglich sein. Im Bauausschuss im Dezember seien drei Baulandkonzepte vorgestellt worden. Er tendiere zu dem Modell, Grundstücke aufzukaufen und die Überschüsse nicht in den allgemeinen Haushalt zu überführen, sondern damit Innenentwicklungspotentiale zu entwickeln. Man sei sich auch einig gewesen, dass sich große neue Baugebiete langfristig rächen werden. Ziel sei es, ein gemeinsames Konzept zu erreichen. Dabei gebe es durchaus Bereiche, die man diskutieren könne und wo man Interessensausgleiche finden müsse. Man habe, wie beispielsweise in Mörzheim, deutlich nicht bebaute Bereiche. Als Verwaltung wolle man sich gemeinsam mit dem Rat, den Fraktionen und den Stadtteilen auf den Weg machen. Daher empfehle er alle heutigen Anträge in den Bauausschuss am 30. April zu verweisen. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, sei man inhaltlich gar nicht weit auseinander.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte zunächst, dass die SPD-Stadtratsfraktion mit dem Verweis des Antrages in den Bauausschuss einverstanden sei und nicht auf einer Abstimmung bestehen werde. Einig sei man sich, dass in den Ortsteilen was gehen müsse. Die Position der SPD sei aber klar, große Neubaugebiete alten Stils werde es mit der SPD nicht geben. Wenn aber eine maßvolle Entwicklung sichergestellt sei, dann könne man sich Arrondierungen und Abrundungen vorstellen. Dies sei der Grundkonsens zwischen den Fraktionen. Er habe aber großes Verständnis dafür, dass man in Ortsteilen diskutiere, wie man Bauland für junge Familien schaffen könne. Insofern sei der Antrag aus Mörzheim verständlich. Allerdings wäre es aus Sicht der Ortsteile ein taktischer Fehler, sich nur auf ein Gebiet zu konzentrieren. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen sei es sinnvoll eine Innenentwicklung zu machen und nicht wahllos Ackerflächen oder hochwertige Außenflächen zu Baugebieten zu machen. Nach der Änderung des Baugesetzbuches werde es den Gemeinden künftig auch verboten sein, in den Außenbereich zu gehen. Natürlich wolle man das Maximum erreichen, aber jedem sei wohl auch klar, dass die gesamten 100 Hektar an Baulandflächen nicht vermarktable seien. Man müsse vermeiden, dass es jetzt ein Windhundrennen gebe nach dem Motto, wer zuerst den Antrag stellt bekommt Baulandfläche. Die Ortsteile müssten sich zusammenraufen und eine gemeinsame Strategie verfolgen. Das von der Verwaltung vorgeschlagene Ankaufmodell wäre eine prima Idee. Es gehe hier nicht um eine Ideologie, sondern man wolle sich einigen auf eine gemeinsame Linie.

Ratsmitglied Kern ging auf die Äußerungen von Herrn Dr. Kopf ein und befürchtete, dass sich der Zeitrahmen im schlechtesten Fall auf 10 Jahre oder mehr ausdehne, bis gebaut werden könne. Man habe den Antrag gestellt, weil es mittlerweile 57 Anfragen nach einem Baugebiet in Godramstein gebe, davon seien 46 aus dem Bereich der Stadt und der Stadtdörfer. Dieses Arrondierungsgebiet sei bereits abgeseget über den Flächennutzungsplan und könne angedockt werden an die Max-Slevogt-Straße. Dies biete relativ einfache Erschließungsmöglichkeiten. Natürlich sei es lobenswert, erst den Innenbereich zu bebauen. Wenn aber im Innenbereich nichts sei, müsse man in den Außenbereich gehen.

Ratsmitglied Müller betonte, dass der Ortsbeirat Mörzheim seine Hausaufgaben erledigt habe. In den letzten 2 Jahren seien allein in Mörzheim etwa 50 Bauinteressen angemeldet worden. Gerade zum



Erhalt und zur Belebung des Vereinslebens seien junge Leute wichtig. Das mögliche Teilgebiet zwischen Appenhofer Straße und Impflinger Straße würde sich als Arrondierungsgebiet anbieten.

Ratsmitglied Ellinghaus widersprach der Auffassung, die Bauwilligen hätten sich für ein Leben im ländlichen Raum entschieden. Die Leute kämen wegen der günstigen Baulandpreise und nicht wegen des tollen Lebens auf dem Land. Es sei dann die Folge, dass diese Erwerbstätigen zu Pendlern nach Karlsruhe oder in andere Ballungsräume würden. Man sehe keine Eile, diese Nachfrage zu befriedigen. Daher schließe man sich gerne dem Antrag der SPD-Fraktion an und unterstütze diesen. Die Erschließung riesiger Baugebiete sei mit den Grünen nicht zu machen.

Ratsmitglied Dr. Leydecker machte deutlich, dass man für die Entwicklung eines Dorfes die jungen Leute brauche. Diese würden im Moment wegziehen, was für die Zukunft Folgen haben werde.

Ratsmitglied Silbernagel sah die Anträge als Balsam auf die liberale Seele. Die FDP fordere schon seit Jahren Arrondierungsgebiete in den Ortsteilen. Man müsse der Abwanderung von jungen Familien entgegenwirken. Es sei ganz wichtig, die Ortsteile nicht zu vergessen.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass für die UBFL der Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung gelte. Man entwickle mit großem Aufwand ein neues Gebiet im Süden der Stadt. Wenn jetzt die Leute in die Stadtteile gelockt würden, dann mache man sich Konkurrenz zum Wohnpark Am Ebenberg. Es würden ja in der Regel auch keine Ortsansässigen bauen, sondern Leute von außerhalb. Man dürfe auch nicht vergessen, dass der Bevölkerungsrückgang im Zuge der demographischen Entwicklung auch an Landau nicht vorbeigehen werde. Sie bezweifle auch die Zahl der Interessenten in Godramstein. Godramstein habe ja schon ein sehr großes Neubaugebiet. Sie sehe hier auch das Problem des Pendlerverkehrs.

Beim von der Verwaltung angeregten Baulandmodell habe sie rechtliche Bedenken, ob die abgeschöpften Einnahmen tatsächlich zweckgebunden für die Dorfentwicklung verwendet werden können. Hier gebe es aus der Kommunalverfassung schon hohe rechtliche Hürden. Es sei daher schon die Frage, ob diese Rechnung mit dem Baulandmodell so aufgehe. Neben der Steuerungswirkung müsse man auch die Folgekosten bedenken und prüfen, ob dies wirklich sinnvoll sei. Angesichts dieser vielen offenen Fragen sei die UBFL-Stadtratsfraktion der Auffassung, diese Anträge in jedem Fall in den Bauausschuss zu verweisen.

Der Vorsitzende sah durchaus die Möglichkeit, sich zu einigen. Es gebe die Chance, die Außenentwicklung mit der Innenentwicklung zu verknüpfen. Ziel sei es, sehr schnell zu einer Einigung zu kommen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der gemeinsame Antrag der FWG-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion zur Aufstellung eines Bebauungsplanes nach einem Baulandmodell für den Ortsteil Mörzheim wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ausweisung eines Arrondierungsgebietes in Godramstein

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 21. Februar 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Im Übrigen wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 2 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Ausweisung eines Arrondierungsgebietes in Godramstein wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Ausweisung von Abrundungsgebieten in den Ortsteilen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 23. Februar 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Im Übrigen wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 2 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausweisung von Abrundungsgebieten in den Ortsteilen wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einrichtung von Kreisverkehren in Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 21. Februar 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Es habe viele Jahre gedauert, bis in Deutschland das Bewusstsein geformt habe, wie sinnvoll Kreisverkehre sein könnten. Durch Kreisverkehr könne der Verkehrsfluss verbessert und die Unfallgefahr reduziert werden. Es gebe viele Studien, die die Sinnhaftigkeit von Kreisverkehren belege. Die im Antrag genannten Beispiele für die Möglichkeit eines Kreisverkehrs seien natürlich nicht vollständig. Hier wie auch an anderen möglichen Stellen sollte situationsabhängig geprüft werden. Der Antrag sollte in den Ausschuss verwiesen werden.

Ratsmitglied Morio wunderte sich, dass die SPD ihr Herz für Kreisel entdeckt habe. Er wundere sich auch, dass die Verwaltung beim Bauamt offenbar noch Kapazitäten frei habe, um einen solch umfangreichen Prüfauftrag zu bearbeiten. Kreisverkehre könnten sinnvoll sein, aber nicht um jeden Preis. Einem Verweis des Prüfauftrages in den Bauausschuss stimme die CDU-Stadtratsfraktion zu.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dem Prüfauftrag ebenfalls zustimme. Kreisel könnten durchaus sinnvoll sein, da sie in gewissem Maße der Verkehrssicherheit dienen. Schwierig sei es aber für Radfahrer.

Ratsmitglied Silbernagel betonte, dass die SPD nicht die Erfinder des Kreisels sei. Der Kreisel im Südring sei die Idee des Bauamtes gewesen, da die Verkehrssituation dort es erfordert habe. Ohne Zweifel gebe es viele positive Punkte in dem Antrag, es gebe aber auch vieles zu beachten. Man müsse auch hinsichtlich der Investitionen vorsichtig sein, denn es gebe auch eine Zeit nach der Landesgartenschau. Es sei ganz wichtig, den Sicherheitsaspekt mit in die Prüfung einfließen zu lassen. Dem Prüfauftrag werde die FDP-Stadtratsfraktion zustimmen.

Ratsmitglied Volkhardt erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion ebenfalls für Kreisverkehre sei. Kreisel könnten den Verkehrsfluss positiv beeinflussen. Allerdings sollten Kreisel dort gebaut werden, wo sie sinnvoll seien. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Prüfauftrag zu.

Ratsmitglied Marquardt hatte grundsätzlich gegen Prüfaufträge nichts einzuwenden. Der Bau von Kreiseln müsse allerdings Sinn machen, denn das ganze koste auch Geld. Früher seien Kreisel zu klein geplant und gebaut worden. Die ganze Sache müsse Sinn machen und man dürfe die Kosten nicht außer acht lassen. Dem Antrag werde die UBFL-Stadtratsfraktion zustimmen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Kreisel im Norden zu klein sei. Hier müsse man nachbessern. Im Rahmen des nächsten Vier-Jahres-Bauprogramms werde man prüfen, wo in Landau Kreisel möglich und sinnvoll seien.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Stadt Landau prüft, an welchen Kreuzungen Kreisverkehre eingerichtet werden können. Mögliche bauliche Veränderungen sollen auf ihre Realisierbarkeit untersucht werden und in eine Prioritätenliste aufgenommen werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 27. Februar 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Im wesentlichen seien die Änderungen redaktioneller Art. Wesentlicher Punkt sei der Vergabeausschuss im § 13. Hier sehe der Landesrechnungshof durch die Besetzung Stadt und Projektgesellschaft eine Interessenskollision. Das Land habe der Stadt empfohlen, diese Änderung vorzunehmen.

Ratsmitglied Marquardt begrüßte es grundsätzlich, dass nochmal eine Kontrollinstanz in Form eines Juristen eingeführt werde. Die Transparenz, die jetzt entstehe, wäre schon bei den Vermarktungen notwendig gewesen. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der 1. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH (LGS Landau 2014 gemeinnützige GmbH) vom 2. Juli 2010.**
- 2. Sollten im Rahmen der Anzeige bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Anpassungserfordernisse des Gesellschaftsvertrages auftreten, wird die Verwaltung ermächtigt die notwendigen Änderungen vorzunehmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Einführung der Kommunalen Doppik; Jahresabschluss 2008

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 14. Februar 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Mit der kleinen Mannschaft in der Kämmerereiabteilung sei ein früherer Abschluss nach Einführung der Doppik nicht möglich gewesen. In Kürze werde man den Abschluss für das Jahr 2008 vorlegen können. Erfreulich sei, dass sich schon jetzt abzeichne, dass der Fehlbedarf in 2008 deutlich geringer ausfallen werde.

Herr Messemer teilte mit, dass man etwa im Mai den Jahresabschluss 2008 dem Rechnungsprüfungsamt vorlegen werde.

Der Vorsitzende ergänzte, dass die positiven Jahresabschlüsse den Stadtrat nicht dazu verleiten sollten, übermütig zu werden. Die Konsolidierung des Haushaltes müsse weitergehen.

Ratsmitglied Dr. Migl merkte an, dass es im Jahr 2013 schwierig werde, die Vorgänge aus dem Jahr 2008 noch nach zu vollziehen. Sie empfinde das als Zumutung und als klaren Verstoß gegen die Kommunalordnung.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er das gerade mit Blick auf die Zahlen mit großer Gelassenheit sehe. Es werde mit Sicherheit nötig sein für die kommenden Haushalte nach zu justieren.

Herr Messemer unterstrich die Aussagen des Oberbürgermeisters. Es wäre nicht sinnvoll gewesen, für die Erstellung der Abschlüsse Personal einzustellen, dass man dann wieder abbaue. 2008 sei auch die Einführung des Gebäudemanagements gewesen mit einer Reihe von Gebäudebewertungen. Es habe das Konjunkturpaket gegeben und man habe die Landesgartenschau. Dann habe es das große Projekt Doppik gegeben mit einer kompletten Systemumstellung.

Allein 5,2 Millionen Euro der Ergebnisverbesserung würden aus zwei Positionen resultieren. Aus der Ergebnisverbesserung der städtischen Töchter kämen 3,6 Millionen Euro und aus Verkaufserlösen kämen weitere 1,6 Millionen Euro.

Ratsmitglied Eisold bezeichnete als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses die Einführung der Doppik als wichtige Zukunftsaufgabe der Stadt. Dies sei der Grund für die Verzögerung und eine einmalige Sache. Er dankte der Finanzverwaltung für den großen Kraftaufwand. Die deutliche Ergebnisverbesserung sei eine sehr positive Sache.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage bei 1 Enthaltung zustimmend zu r Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 19. Februar 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Beschluss eines Besonderen Vorkaufsrechts gem. § 25 Abs. 1 BauGB für die Erweiterung des Gewerbegebietes "Im Hölzel", Gemarkung Mörlheim, Bebauungsplan F 6 (Vorkaufssatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 29. Januar 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es gehe darum, der Firma Michelin eine Zukunft zu geben. Dies sei nicht ganz einfach. Man wolle nicht nur Unternehmen nach Landau holen, sondern auch ansässige hier halten und sichern. Der Ortsbeirat sei in diesem Fall noch nicht beteiligt worden, weil hier das engere Interesse des Ortsteiles nicht berührt sei.

Ratsmitglied Heuberger wollte wissen, ob noch eine Umweltprüfung notwendig sei.

Herr Messemer bejahte dies, da es eine hochkomplexe Sache sei.

Ratsmitglied Ellinghaus erklärte, dass die Vorlage nicht die Probleme verschweige. Die geplante Werkserweiterung würde ein FFH- und Vogelschutzgebiet zerstören. Es gebe sehr unterschiedliche FFH-Gebiete, hier aber handle es sich um ein Gebiet vom Allerfeinsten. Man werde darüber nicht hinweg kommen. Man verstehe, dass die Stadt sich um Unternehmen kümmern und sie halten wolle. Die Grünen jedoch wollten hier in diesem Fall nicht mitmachen.

Ratsmitglied Marquardt unterstrich, dass bei der UBFL der Mensch im Vordergrund jeden Handelns stehe. Daher könne die UBFL-Stadtratsfraktion dieser Vorlage nicht zustimmen. Letztlich werde hier eine Erweiterung des Gewerbegebietes geplant. Dieses Gebiet sei viel zu sensibel, daher werde die UBFL-Stadtratsfraktion dieser Vorlage nicht zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

den in der Anlage beigelegten Entwurf einer Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd"; Tausch von Flächen des Treuhandvermögens der DSK mit Flächen der Fa. GeoX zur Erweiterung und Eingrünung des Kraftwerksgeländes südlich der Bahn

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 21. Februar 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass er Zweifel habe ob die Geothermieanlage Sinn mache und auf Dauer wirtschaftlich betrieben werden könne. Die Technologie sei zur dauerhaften sicheren Energiegewinnung nicht geeignet. Der Sitzungsvorlage werde die UBFL-Stadtratsfraktion nicht zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- 1. Die ca. 5.452 m² großen Teilflächen A und B werden, um der Firma GeoX die Möglichkeit zur Erweiterung und zur Eingrünung des Kraftwerksgeländes zu geben, aus dem im Treuhandvermögen der DSK befindlichen Flurstück 961/5 zum entwicklungsunbeeinflussten Verkehrswert von 87.232,-- € an die Firma GeoX veräußert..**
- 2. Die im Eigentum der Firma GeoX befindliche ca. 102 m² große Teilfläche C wird von der DSK zum entwicklungsunbeeinflussten Verkehrswert von 1.632,-- € in das Treuhandvermögen erworben, um für die nördlich des GeoX-Geländes verlaufende Zuwegung zur geplanten Sport- und Freizeitanlage ein Wegebegleitgrün anzulegen.**
- 3. Die Besitzübergabe der Flächen erfolgt jeweils vier Wochen nach vollständiger Kaufpreiszahlung.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Änderung der Straßenreinigungssatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 29. Januar 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den als Anlage 1 beigefügten Entwurf einer Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 31. Januar 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

**Bebauungsplan GS 4 - II. Teiländerung Umwandlung Friedhofsflächen,
Satzungsbeschluss, (Gebiet in der Gemarkung Godramstein)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 16. Januar 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplanes GS 4 - II. Teiländerung „Umwandlung Friedhofsflächen“ vom April 2012 entsprechend den in der als Anlage 2 beigefügten Synopse vom Juli 2012 niedergelegten Abwägungsvorschläge der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
2. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplanes GS 4 - II. Teiländerung „Umwandlung Friedhofsflächen“ vom April 2012 entsprechend den in der als Anlage 3 beigefügten Synopse vom Juli 2012 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
3. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplanes GS 4 - II. Teiländerung „Umwandlung Friedhofsflächen“ vom August 2012 entsprechend den in der als Anlage 4 beigefügten Synopse vom November 2012 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
4. **Der Bebauungsplan GS 4 - II. Teiländerung „Umwandlung Friedhofsflächen“ einschließlich der textlichen Festsetzungen und Hinweise wird in der Fassung vom Dezember 2012 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt (Anlage 1).**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Windenergie und 1. Änderungsvereinbarung zur interkommunalen Vereinbarung vom 24.11.2005

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 25. Februar 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der 1. Änderung zur interkommunalen Vereinbarung vom 24.11.2005 nach § 204 Abs. 1 Satz 3 BauGB über die Darstellungen von Flächen für Windenergieanlagen in der Flächennutzungsplanung zuzustimmen (siehe Anlage 2).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf die neue Baubürgerbroschüre hin, sowie auf ein Schreiben von Frau Margarete Venter an den Stadtrat und auf die Auftaktveranstaltung zu den Baugruppen am 18. März 2013.

Beigeordneter Klemm wies auf die „Aktion Sauberes Landau“ am 12. April hin und bat um die Übernahme einer Patenschaft.

Ratsmitglied Marquardt bat um einen kurzen Bericht zum aktuellen Stand der Baugruppenveranstaltung am 23. Februar 2013.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man im Bauausschuss einen ausführlichen Bericht geben könne. Es sei erfreulich, dass es deutlich mehr Nachfragen gebe als gedacht. Insgesamt 5 Baugruppen wollen entwickeln. Es sei dies ein guter Trend und eine gute Entwicklung.

Ratsmitglied Lerch sprach die Problematik des ÖPNV auf dem Boulevard Ostbahnstraße an. Anlieger der Ostbahnstraße hätten berichtet, dass täglich 253 Busse durch die Ostbahnstraße fahren. In manchen Bussen würden nur 3 bis 4 Personen sitzen. Zudem gebe es an Platten auf dem Boulevard erste Schäden. Es stelle sich daher die Frage ob es einen Zusammenhang mit den häufigen Busfahrten gebe.

Der Vorsitzende antwortete, dass der Boulevard Ostbahnstraße eine Straße wie jede andere sei und den Verkehr aufnehmen müsse. Natürlich seien 253 Busse sehr viel. Man prüfe daher derzeit auch Alternativen, die allerdings erst mit dem nächsten Fahrplanwechsel wirksam werden könnten. Es gehe darum, einen Teil der Busse über die Industriestraße fahren zu lassen. Fakt sei aber, dass alle Wege zum Hauptbahnhof führen, dies sei die zentrale Schlüsselstelle.

Herr Kamplade bestätigte, dass es Schäden an den Platten gebe, die im Rahmen der Gewährleistung seien. Eine Kausalität der Schäden zum Busverkehr in der Ostbahnstraße gebe es nicht.

Ratsmitglied Heuberger bat um Überprüfung ob es richtig sei, dass die Busverbindung vom Parkhaus in die Oststadt gestrichen worden sei.

Der Vorsitzende sicherte eine Überprüfung zu.



Die Niederschrift über die 34. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 05.03.2013 umfasst 29 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 203.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete